

Bremen, den 23.11.2020

**Beschluss**  
**Beirat Hemelingen vom 19.11.2020**  
**Überarbeitung der Landesbauordnung**

Der Beirat Hemelingen fordert den Senator für Inneres, die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf

- a. die Koordinierungsstelle zum Wohnungsaufsichtsgesetz schnellstens umzusetzen, damit eine optimale Zusammenarbeit zwischen Polizei, Ordnungsamt und Bauordnungsamt in Hemelingen gewährleistet werden kann.
- b. in Hemelingen Beratungsstellen für ausländische Leiharbeiter\*innen/ Monteure einzurichten.
- c. Vermieter\*innen, die an Monteure oder Leiharbeiter\*innen ihre Häuser/ Wohnungen vermieten, zu verpflichten, genügend Raum für diese zur Verfügung zu stellen und ihre Mieter\*innen darauf hinweisen, welche Regeln einzuhalten sind.

Der Beirat Hemelingen fordert zudem die zuständigen Deputationen und die Bürgerschaft auf, die Mindeststandards aus dem Bremisches Wohnungsaufsichtsgesetz (BremWAG), unter anderem in Bezug auf Wohnfläche pro Person aus § 8, in die Landesbauordnung zu übernehmen und in zukünftigen Baugenehmigungen auf die maximale Belegung und Konsequenzen aufgrund von Verstößen hinzuweisen.

Begründung:

Bürger\*innen aus Hemelingen berichteten, dass zunehmend Wohnhäuser an Firmen vermietet werden, in denen dann bis zu 30 Personen menschenunwürdig untergebracht werden. Auch sei häufig nur ein Badezimmer für alle Personen vorhanden

Die Mieter\*innen dieser Häuser oder Wohnungen kommen für einige Monate u. a. aus dem osteuropäischen Raum zum Arbeiten, können sich überwiegend nur in ihrer Landessprache verständigen und kennen nicht immer die Regeln, die hierzulande üblich sind

Dies sorge teilweise für Ärgernisse in der Nachbarschaft. Vermieter\*innen kümmern sich häufig nicht um diese Probleme und informieren ihrerseits selten über Regeln. Es entsteht der Eindruck, dass Vermieter\*innen sich nur bereichern. Deshalb muss sehr zeitnah Hilfe angeboten werden. Insbesondere sollten Änderungen in der Gesetzgebung, z.B. beim Baurecht, umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen Hilfestellungen vor Ort angeboten werden, damit Vorurteile abgebaut werden und es nicht zu Auseinandersetzungen zwischen Beteiligten kommt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (18 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Mit freundlichen Grüßen

  
Hemelingen